

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 8 26 ppbn d



## Inhalt

Annemarie Renger MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, weist die Altenburg-Forderung zurück, Frauen den Dienst bei der Bundeswehr zu ermöglichen: Überflüssige Diskussion. Seite 1

Horst Sielaff MdB, Bundesvorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO), unterstreicht die Verantwortung der Nazis für die Vertreibung: Die Geschichte nicht verfälschen. Seite 3

Dr. Christa Czempel, Staatssekretärin und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund, hält der Union vor, aus den jüngsten Wahlergebnissen nichts gelernt zu haben: Politik gegen sozial Schwache wird fortgesetzt. Seite 6

40. Jahrgang / 95

21. Mai 1985

### Überflüssige Diskussion

Zur Altenburg-Forderung, Frauen den Dienst bei der Bundeswehr zu ermöglichen

Von Annemarie Renger MdB  
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Mit seiner öffentlich erhobenen Forderung, Frauen müsse der Zugang zur Bundeswehr ermöglicht werden, eröffnete der Generalinspekteur der Bundeswehr, Altenburg, eine mittlerweile gänzlich überflüssige Diskussion, mit der endgültig Schluß sein sollte.

Es ist schon bedauerlich, daß er trotz aller bekannten Gegenargumente stur öffentlich die Meinung vertritt, mit der Zahl von 15.000 Frauen müsse und könne ein wirksamer Beitrag zur Verbesserung der Verteidigungskraft der Bundeswehr geleistet werden.

So soll mit 15.000 Frauen ein angeblich drohendes Personalfiasco bei der Bundeswehr, die nach 1995 ihren Friedensumfang von 495.000 Soldaten nicht halten könne, vermieden werden.



Völlig außer Acht gelassen wird bei solchen Überlegungen:

- Ob die weitere Modernisierung der Waffentechnik 1995 überhaupt noch 495.000 Soldaten erforderlich macht,
- ob die Bemühungen um Truppenreduzierungen in Mitteleuropa diese Anzahl von Soldaten überflüssig macht,
- ob nicht über neue Musterungskriterien eine ausreichende Zahl von Männern zur Verfügung steht,
- daß Frauen in der Bundeswehr außer im Sanitätsdienst, keine gleichen Aufstiegschancen haben, da das Grundgesetz für sie einen Dienst mit der Waffe ausschließt,
- daß in den Armeen, in denen Frauen Militärdienst leisten, die Überlegungen zu einem Abbau der Frauenkontingente gehen,
- daß ein Freiwilligenkontingent von Frauen in der Bundeswehr die Vorstufe zur Dienstpflicht auch für Frauen darstellt.

(-/21.5.1985/rs/ks)

+ + +



Wie Deutsche die Deutschen vertrieben

Die Nazi-Führung trägt die Verantwortung für die Opfer

Von Horst Sielaff MdB

Bundesvorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO)

Die Warschauer Parteizeitung "Trybuna Ludu", warf den ultrarechten Politikern hierzulande kürzlich vor, 40 Jahre nach der Verreibung von Millionen Deutschen aus dem Osten die Tatsachen "ummodellieren" zu wollen. Diese "Geschichtsfälscher", so das polnische Blatt, versuchten nämlich, der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei und zum Teil auch Jugoslawien die alleinige Schuld für die etwa 1,5 Millionen Verreibungstoten (einige, wie kürzlich im "Bayernkurier" der Sprecher der Sudeten-deutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer, sprechen sogar von 2,23 Millionen) "in die Schuhe zu schieben". In der Tat gab es seit etwa Ende 1944 und in den ersten Monaten des Jahres 1945 bei der Evakuierung Ostdeutschlands erhebliche Verluste nicht nur bei den Deutschen, sondern auch bei den dort tätigen Fremdarbeitern, Gefangenen und Häftlingen. "Trybuna Ludu" macht - gestützt auf zwei deutsche und eine polnische Quelle - hauptsächlich die Deutschen dafür selbst verantwortlich.

Wir, die Deutschen, hätten entgegen den späteren Behauptungen der westdeutschen Vertriebenenbündler, die Evakuierung ebenso planlos wie viel zu spät anlaufen lassen, sodaß die Flüchtlingstrecken immer wieder zwischen die sich rasch westwärtsverschiebenden Kriegsfrenten gerieten. Dadurch und durch den strengen Winter, dem die nach Westen flutenden Massen so gut wie schutzlos ausgeliefert waren, entstanden natürlich erhebliche Verluste. Hätte diese Evakuierung früher und vor allem geplanter stattgefunden, wären wesentlich weniger Verluste entstanden.

Aber die Deutschen begriffen viel zu spät, daß die "Ostgebiete" für sie endgültig verloren waren - eigentlich erst während der Sowjetoffensiven nach Ostpreußen und durch Polen bis an die Oder, obwohl der Nazi-Agent "Cicero" ihnen schon 1943/44 Unterlagen aus der Britischen Botschaft in Ankara zugespielt hatte, aus denen sie nach den Plänen der Anti-Hitler-Koalition hätten ziemlich genau entnehmen können, was ihnen da bevorstehen würde: sie waren dennoch viel zu lange von ihrer "Endsieg"-Euphorie besessen, um rechtzeitig die Konsequenzen daraus für die Zivilbevölkerung Ostdeutschlands zu ziehen.

Erst in seiner Neujahrsansprache von 1945 erklärte dann Hitler öffentlich, daß "Herr Churchill ganz Ostdeutschland den Polen zugeschoben hat - nicht etwa nur Ostpreußen oder Danzig, sondern auch Pommern und den größten Teil Schlesiens" und die in Stettin erscheinende "Pommersche Zeitung" berichtete am 8. Januar 1945, daß sich "die Polen bis an die Oder ausbreiten und alle Gebiete einschließlich der Städte Stettin und Breslau dem Reich entreißen beziehungsweise ihre Westgrenze bis 72 Kilometer an Berlin heranschieben" wollten... Auf der einen Seite wurde jetzt die Angst der ostdeutschen Bevölkerung vor den "bolschewistischen Horden" geschürt, auf der anderen hofften die Hitler-Strategen den immer schnelleren Sowjetvormarsch nicht zuletzt doch noch zu bremsen: durch die Strategie der "verbrannten Erde", welche die Flüchtenden noch schutzloser dem Winter auslieferte. Ebenso wie durch die planlosen Flüchtlingstrecken selbst, die viele Straßen faktisch blockierten.

"Trybuna Ludu" behauptet nunmehr, daß diese schutzlosen Zivilistinnen und Zivilisten auf ihrer Flucht planmäßig geopfert worden sind, in der Hoffnung, den Sowjetmarsch doch noch etwas zu verlangsamen. Ob es tatsächlich Absicht war oder nicht - die Indizien sprechen für diese Rücksichtslosigkeiten. Zur Evakuierung wurden auch Menschen gezwungen, die - etwa in Oberschlesien - noch nicht einmal eindeutig Deutsche waren, sondern eben nur "Eingedeutschte" durch die sogenannte "Volksliste III"; hier versuchten sich freilich besonders viele dieser Zwangsaussiedlung zu entziehen und von den Sowjettruppen überrollen zu lassen mit der Folge, daß bei ihnen Verreibungsverluste relativ gering waren.



Die entkräfteten Überlebenden aus den KZs, die ebenfalls gen Westen getrieben wurden, kamen zu mehr als zwei Dritteln auf solchen "Todesmärschen" um, so diese nicht noch rechtzeitig von den Sowjettruppen eingeholt wurden. Während die "Strategie der verbrannten Erde" das Land für die nachrückenden Polen so gut wie unbewohnbar machen sollte, waren die Flüchtlingstrucks den Bombardierungen schutzlos ausgeliefert. Im Januar 1945 sprach man von etwa 3,5 Millionen Flüchtlingen aus dem ehemaligen Ostdeutschland, im Februar 1945 schon von acht Millionen und im März gar von fast zehn Millionen Ostdeutschen auf der Flucht. Das waren etwa drei Viertel der ostdeutschen Bevölkerung nach dem Vorkriegsstand.

Mit dem damit verbundenen Chaos nur wenige wenige Wochen vor der endgültigen deutschen Niederlage wuchs natürlich auch die Zahl der Opfer, die man jedoch eher "zivile Kriegesopfer" nennen könnte, denn "Vertreibungstote". Es sei denn, man akzeptiert die Tatsache, daß sie eben von ihren eigenen Deutschen ausgetrieben wurden, die damit auch für die damaligen Toten verantwortlich zu machen wären. Beim späteren Transfer der verbliebenen Deutschen aus Ostdeutschland/Osteuropa nach den Regeln des Potsdamer Abkommens hielten sich demgegenüber die Todesfälle in Grenzen, wenn es auch da noch zu Racheakten gekommen ist, die aber aus dem damals gegen die Deutschen angestauten Haß von Polen, Tschechen und so weiter erklärbar sein mögen...

Die schweren Verluste in der Danziger Bucht, der Kurischen Nehrung und durch Schiffsversenkungen in der Ostsee, die einige auf mehrere Hunderttausend beziffern, lastet selbst die westdeutsche Vertreibungsdokumentation (1954) dem Chaos der letzten Kriegesmonate an, während als weitere Zeugin dafür die Zeit-Gräfin Marion von Dönhoff mit ihren Publikationen angeführt werden kann. Damals sind in der Tat sehr viele Menschen umgekommen, die nirgends registriert waren und deren Verluste man daher auch nur grob schätzen kann. Dazu kamen weitere Tausende von Deutschen, die in den letzten Kriegesmonaten noch von fanatischen NS-Erschießungskommandos ohne Verfahren ermordet worden waren: "Defaitisten", "Deserteure" und Menschen, die einfach an den "Endsieg nicht mehr glauben wollten, als der Krieg für Hitler schon längst verloren war.

Diese Evakuierungen durch die NS-Behörden haben Ostdeutschland und die angrenzenden osteuropäischen Gebiete von Deutschen entvölkert - zumindest zu 70 bis 75 Prozent. So blieben zum Beispiel in Stettin von einer Bevölkerung von mehr als 300.000 knappe 5.000 in der zerstörten Stadt, während in Breslau zur Zeit der "Belagerung", als die Deutschen nicht kapitulieren und einen völlig aussichtslosen Kampf fortsetzen wollten, über 100.000 Zivilisten ums Leben gekommen sind, abgesehen von der schon vorher evakuierten halben Million Menschen, von der ebenfalls noch cirka 10 bis 15 Prozent starben.



Diese Zusammenhänge sollte man jetzt - 40 Jahre danach - endlich verdeutlichen und jenen Geschichtsfälschern entgegenreten, welche diese zivilen Kriegstoten als "Vertreibungstote" allein den Sowjets, Polen und anderen in die Schuhe zu schieben versuchen. Die eigentlichen Verluste an deutschen Zivilistinnen und Zivilisten in Ostdeutschland fallen nicht in die Zeit der Nachkriegsumsiedlungen, wie derzeit in der Bundesrepublik von "interessierten" Kreisen gern behauptet wird, sondern sind Folgen des von den Deutschen selbst zu verantwortenden Evakuierungs-Chaos und den unmittelbaren Kriegseinwirkungen während der letzten Kriegsmonate, ob dies nun von der NS-Führung bewußt einkalkuliert war oder nicht.

Und auch daran sollten sich alle erinnern, die in diesen Monaten wiederum eine unsinnige Aufrechnungspolitik betreiben wollen und allein von der Bürde von Flucht, Vertreibung und Teilung sprechen: Die Vertreibung der Deutschen aus den früheren deutschen Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Grenze ist das Ergebnis der völkerverachtenden deutschen Politik aus den Jahren 1933 bis 1945.

Ich selbst habe als Kind die Evakuierung von Stettin nach Hinterpommern, den vergeblichen Versuch des Erreichens der Schiffe in Königsberg und die folgende Flucht zwischen den Fronten erlebt. Als wir dann endlich wieder Stettin erreichten, wurde ich mit meiner Mutter und einer jüngeren Schwester dann 1946 in geschlossenem Transport nach Schleswig-Holstein ausgewiesen.

Ich fahre heute regelmäßig und gerne in die früheren deutschen Gebiete: und mein Stück christliche Versöhnungspolitik liegt darin, daß ich den Menschen, die gleich mir in Stettin geboren sind und dort als Polen leben, versichere: ich mache ihnen ihre Heimat nicht streitig. "Heimat ist da, wo ich verstehe und verstanden werde", wie es Karl Jaspers einmal formulierte.

Heimat ist nicht unbedingt der Ort, an dem ich geboren bin, sondern wo meine entscheidenden Lebensbezüge sind - und das ist für mich die Bundesrepublik Deutschland. (-/21.5.1985/rs/ks)

+ + +



**Union setzt Politik gegen sozial Schwache fort**

**Die Kohl-Partei hat aus den Wahlergebnissen offenbar nichts gelernt**

Von Dr. Christa Czempel  
Staatssekretärin  
Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund

Schaut man in die Vorbereitungsunterlagen für die bevorstehende Bundesratssitzung, so verdichtet sich der Eindruck, daß die Unionsmehrheit im Bundestag und leider auch im Bundesrat aus den Wahl-Tiefschlägen seit der "Bonner Wende" nichts gelernt hat.

Noch in der NRW-Landtagswahlnacht mochten Beobachter aus den ersten CDU-Kommentaren schließen, zukünftig wolle man es mit der "sozialen Gerechtigkeit" ernster nehmen. Doch davon ist, um es vornehm zurückhaltend zu sagen, bei den im Bundesrat anstehenden Sachentscheidungen nichts übrig geblieben.

**Zum Beispiel: Wohnungsbaupolitik.**

Nach dem einschlägig bekannten Motto "Leistung soll sich wieder lohnen" wird Geld einseitig den Besserverdienenden zugeteilt. Unumstritten bei der Neuregelung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums ist, daß die sogenannte "Nutzwertbesteuerung selbstgenutzten Wohneigentums" abgeschafft werden soll. Niemand soll künftig für das Bewohnen seiner eigenen Wohnung Steuern zahlen müssen. Ein Vorschlag, den Nordrhein-Westfalen mit Unterstützung der anderen sozialdemokratisch regierten Länder schon fast vor Jahresfrist im Bundesrat eingebracht hat und der dort schmorte, bis nun schließlich auch die Bundesregierung einen Vorschlag vorlegte.

Der entscheidende Unterschied zwischen dem Lösungsmodell Nordrhein-Westfalens gegenüber dem der Bundesregierung: Nordrhein-Westfalen will keine Absetzung des Wohneigentums vom zu versteuernden Einkommen (und damit Entlastung von der Progression), sondern einen Steuerabzugsbetrag. Bei der Konzeption der Bundesregierung werden größere Einkommen stärker entlastet, während die sozialdemokratische Vorstellung alle Bauherren und Erwerber unabhängig von ihrer Einkommenshöhe steuerlich gleich behandelt.

Wozu dies verteilungspolitisch führt, verdeutlicht ein Rechenexempel: Eine "Durchschnittsfamilie" (Vier-Personen-Haushalt, ein Einkommen von DM 45.000) kauft eine Eigentumswohnung (DM 220.000, davon DM 40.000 für das Grundstück). Sie würde nach Konzeption Nordrhein-Westfalens mit DM 60.000 gefördert, nach Konzeption der Bundesregierung aber nur mit DM 25.376 (und damit knapp DM 2.000 weniger als nach derzeitigem Recht).

Ganz anders sieht das freilich mit der Freigiebigkeit der Bundesregierung bei einer "besserverdienenden Familie" (auch Vier-Personen-Haushalt, ein Einkommen von DM 150.000) aus, die ein Einfamilienhaus (DM 500.000, davon DM 120.000 für das Grundstück) baut. Sie würde nach der Konzeption Nordrhein-Westfalens mit DM 69.000 nur leicht besser in der Förderung abschneiden als die "Durchschnittsfamilie", nach der der Bundesregierung mit DM 71.200 aber die Förderung der "Durchschnittsfamilie" fast verdreifachen.

Doch hat der Entwurf der Bundesregierung nicht nur verteilungspolitische Schlagseite. Er paßt auch wirtschaftspolitisch nicht in die Landschaft, macht er doch zwischen Anschaffung und Herstellung des Wohneigentums keinen Unterschied. Ob sich ein Interessent eine luxusmodernisierte Altbauwohnung in den Ballungsgebieten kauft oder aber ein Eigenheim neu errichtet, hat für die Förderung keine Bedeutung. Von Förderung der Baukonjunktur ist somit keine Rede.



Die fünf sozialdemokratisch regierten Bundesländer werden daher im Bundesrat voraussichtlich geschlossen der Nordrhein-Westfalen-Konzeption gegenüber der der Bundesregierung den Vorzug geben.

Weiteres Beispiel: Vermögensbeteiligung.

Nicht anders die verteilungspolitische Schlagseite bei der Vermögensbeteiligung.

Unter dem an sich vielversprechenden Titel "Förderung von Arbeitnehmerbeteiligungen am Produktivvermögen" verbirgt sich ein Thema mit Fußängeln. Anstelle bewährter Sparförderungen (Sparen von festverzinslichen Wertpapieren, Förderung des Konten- und des Ratensparens) sollen sich die Arbeitnehmer als Börsenjobber betätigen (Aktien, Gewinnschuldverschreibungen, GmbH-Geschäftsanteile, stille Beteiligungen und ähnliches). Neben dem Arbeitsmarktrisiko nun auch noch das Sparisiko. Die sozialdemokratischen Länder werden diese Konzeption voraussichtlich geschlossen ablehnen.

Drittes Beispiel: Zu geringe Rentenerhöhung.

Nach dem vorliegenden Gesetzesbeschluß über die Anpassung der Renten und der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz sollen die Rentner und Kriegsofopfer ab 1. Juli 1985 ganze 1,41 Prozent Einkommenszuwachs erhalten. Mit dieser "Anpassung" unterhalb der Preissteigerungsrate wird das Realeinkommen der Rentner, darunter nicht wenige Kleinrentner, weiter zurückgehen. Doch schon die SPD-Bundestagsfraktion hatte sich im Bundestag mit ihren Anträgen, die Renten beziehungsweise Versorgungsbezüge um 2,24 Prozent zu erhöhen, nicht durchsetzen können. Hessen und die anderen sozialdemokratisch regierten Länder beabsichtigen, dieses Anliegen in einem Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses erneut aufzugreifen.

Außerdem wird an den Forderungen festgehalten, die Leistungen der Kriegsofopferfürsorge zunächst wenigstens in den Bereichen der Hilfen in besonderen Lebenslagen selbständig zu regeln, die für die Berechtigten wegen des Alters von besonderer Bedeutung sind (Krankenhilfe, Pflegehilfe, Haushaltshilfe, Altenhilfe) sowie die Entschädigungsquote bei Berufsschadens- beziehungsweise Schadensausgleich von bisher vier auf fünf Zehntel des Einkommensverlustes zu verbessern.

Viertes Beispiel: Inflationierung von Zeitverträgen

Statt Beschäftigungsprogrammen bietet die Unionsmehrheit in Bundestag und Bundesrat Einschnitte in die Sozialverfassung des Arbeitslebens. Ein Beispiel dafür ist die zu befürchtende Inflationierung von Zeitverträgen als Folge des Gesetzes über befristete Arbeitsverträge mit wissenschaftlichem Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Hessen hat schon bei der Einbringung des Gesetzes durch die Bundesregierung Bedenken geltend gemacht. Schließlich sind gegenwärtig vier Fünftel der fraglichen Stellen nur per Zeitvertrag besetzt. Hessen befürchtet, daß dies mit den sehr weitgefaßten Bestimmungen noch ausgeweitet werden könnte. Verdrängungseffekte qualifizierter Nachwuchswissenschaftler von den Universitäten in die Privatwirtschaft sind zu befürchten. Die vom Land Hessen im "1. Durchgang" erhobenen Bedenken wurden durch das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag nicht ausgeräumt, sie erhielten durch die Anhörverfahren eher zusätzliche Nahrung.

Hinzu kommt, daß mit dieser von der Bundesregierung festgeschriebenen Politik für Zeitarbeitsverträge im Wissenschaftsbereich ein gefährliches Präjudiz für andere Bereiche des Beschäftigungswesens geschaffen wird.

(-/21.5.1985/rs/ks)

+ + +

